

Wir wollen „Gute Arbeit“

Auf die Frage: „Was ist gute Arbeit?“ antworten die meisten Menschen: „Die Arbeit muss sicher sein. Sie muss anständig bezahlt sein. Ich möchte mitentscheiden können, was ich mache und wie ich meine Arbeit mache. Meine Arbeit soll mich nicht krank machen, und ich möchte so arbeiten, dass ich Beruf, Freunde und Familie gut vereinbaren kann.“

Das ist gute Arbeit.

Arbeit heute: Unsicher, schlecht bezahlt und stressig.

Immer weniger Menschen haben eine „Gute Arbeit“: Millionen haben gar keine Arbeit oder sie arbeiten zu Hungerlöhnen. Millionen Menschen, vor allem Frauen, arbeiten in unsicheren Jobs - Millionen Menschen arbeiten sich kaputt durch Überstunden, Druck und Hetze. Leiharbeit, befristete Beschäftigungen, Teilzeitjobs, Scheinselbstständigkeit sind nicht etwa „flexible“ Formen von Arbeit.

Sie sind Angriffe auf die Standards guter Arbeit.

Sie sind ein Angriff auf und gegen die Beschäftigten – denn viele Unternehmen verdrängen mit diesen schlechten Arbeitsplätzen tariflich entlohnte und unbefristete Arbeitsplätze und üben so Druck auf die Löhne aus.

Arbeit ist schlecht, wenn:

- der Lohn nicht zum Leben reicht,
- die Mitbestimmungsrechte eingeschränkt sind, - die gesellschaftliche Anerkennung gering ist,
- der Schutz durch Sozialversicherungen eingeschränkt ist,

- der Schutz durch das Arbeitsrecht (v.a. der Kündigungsschutz) reduziert ist.

Die Alternative: Gute Arbeit – Gutes Leben

Wir fordern:

- Arbeit muss demokratisch gestaltet werden, d.h. Stärkung der Betriebsräte
- tarifliche, sozial- und arbeitsrechtliche Standards müssen gestärkt und erweitert werden
- Chancengleichheit muss garantiert werden
- Menschenunwürdige Zustände, wie bei LIDL und bei Schlecker müssen beendet und sanktioniert werden
- Leiharbeit muss eingeschränkt werden, Praktika müssen gesetzlich geregelt werden.

Gute Arbeit – Guter Lohn !

Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes betragen. Rund 500.000 vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich sind auf ergänzende Grundsicherungsleistungen aus Steuermitteln angewiesen. Das ist nicht akzeptabel!

Wer acht Stunden am Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können.

Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes begrüßen wir daher, ebenso branchenspezifische Mindestlöhne. Da allerdings nur 68 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 53 Prozent in Ostdeutschland tariflich vereinbarte Löhne erhalten, reicht das noch nicht aus.

Wir brauchen die gesetzliche Festlegung eines allgemeinen und für alle geltenden Mindestlohnes in Höhe von mindestens 7,50 Euro in Deutschland!

10 gute Gründe für den gesetzlichen Mindestlohn

1. Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt. Deshalb muss die Politik steuernd eingreifen, wo dieses Prinzip mutwillig verletzt wird. Mehr als 2,5 Millionen Menschen arbeiten für Armutslöhne. Diese Menschen arbeiten den ganzen Tag und können von ihrem Lohn noch nicht einmal sich und ihre Familien ernähren.
2. Gerechte Löhne sind ein Ausdruck der Anerkennung guter Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Lohndrückerei dagegen verletzt einen wichtigen Grundwert unserer sozialen und demokratischen Ordnung: die Würde des Menschen und seiner Arbeit.
3. Für den Aufbau von Beschäftigung und den Abbau der Arbeitslosigkeit brauchen wir dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Die Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine steigende Binnennachfrage sind wichtige Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung.
4. Wir wollen gleiche Bildungschancen für unsere Kinder. Armut ist dagegen ursächlich für schlechtere Bildungschancen. Jedes zweite arme Kind kommt aus einer "working-poor-Familie".
5. Unsere europäischen Nachbarn haben gute Erfahrungen gemacht. 20 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben einen gesetzlichen Mindestlohn.

6. Wir wollen die Einigung Europas vorantreiben. Wesentliche Voraussetzung ist die Akzeptanz Europas bei den Menschen. Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit erfordern fairen Wettbewerb, nicht den Wettlauf um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen.
7. Wir wollen die knappen finanziellen Mittel der öffentlichen Haushalte in Arbeit, Bildung und Infrastruktur investieren. und 500.000 vollzeitbeschäftigte Arbeiterinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich sind auf ergänzende Grundsicherungsleistungen aus Steuermitteln angewiesen. Dieses Geld fehlt für Zukunftsinvestitionen.
8. Die Unternehmen profitieren von Mindestlöhnen. Produktivität und Qualität der Leistung sollen im Wettbewerb entscheiden, nicht Lohndumping.
9. Wir stärken die Tarifautonomie. Mit der Ausdehnung des Geltungsbereiches des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche geben wir den Tarifparteien die Möglichkeit, branchenspezifische Mindestlöhne festzulegen. Für die Bereiche, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn.
10. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten gute Arbeit und sind gut ausgebildet. Weit über 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Sie haben gerechte Löhne verdient.



Jusos Reinickendorf
Waidmannsluster Damm 149
13469 Berlin

Tel.: 4 11 70 36
E-Mail: jusos_reinickendorf@gmx.de
www.jusos-reinickendorf.de



Linksjugend [solid]
Reinickendorf
Schloßstraße 22
13507 Berlin

Tel.: 43 73 26 30
reinickendorf@solid-berlin.org
www.dielinke-reinickendorf.de/jugend

**Gute Arbeit
– für alle!**



Früher zog man uns dazu das Fell ab. Heute nimmt man uns als geringfügig Beschäftigten!